



Amtsgericht Oldenburg (Oldb)

Beschluss

Terminbestimmung

34 K 28/23

10.12.2025

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am

Freitag, 10. April 2026, 09:00 Uhr,
im Amtsgericht Elisabethstr. 8, 26135 Oldenburg (Oldb), Saal 1 (Hauptgebäude),

versteigert werden:

Das im Grundbuch von Oldenburg Blatt 62551 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
2	Osternburg	6	59/139	Gebäude- und Freifläche, Giesenweg	232
	Osternburg	6	59/140	Gebäude- und Freifläche, Giesenweg 14	1583

Der Versteigerungsvermerk wurde am 23.10.2023 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 240.000,00 €

Objektbeschreibung:

bebautes Grundstück (ehemalige Werkhalle und Lagergebäude) in der Stadt Oldenburg (Oldb), Stadtteil Kreyenbrück, Giesenweg 14. Gemäß Gutachten: ehemalige Werkhalle (zu Wohnzwecken umgebaut mit Garagenanlage), Baujahr: ca. 1960, Aufteilung: Erdgeschoss (1

Wohneinheit: Wohnzimmer mit Küche, drei Schlafzimmer, zwei Bäder, zwei Abstellräume und zwei Flure), Nutzfläche: 149m² (Wohneinheit), 82m² (Garagenanlage); Lagergebäude: Baujahr 1961, Nutzfläche: 189m²; sonstiges: fehlende Baugenehmigung für Lagerhalle auf dem Flurstück 59/140; keine baurechtliche Genehmigung der Umnutzung der Werkhalle in Wohnraum, Bodenverunreinigungen

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de
